

Protokoll:	Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	481
		TOP:	11
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	28.11.2023		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold, BM Thürnau		
Berichterstattung:	Herr Wallisch, weiterer Berichterstatter (beide ASW)		
Protokollführung:	Frau Klemm / as		
Betreff:	"Klingenstraße zur Fahrradstraße umwidmen - Projektbeschluss einbringen" - Antrag Nr. 180/2023 v. 20.06.2023 (PULS, 90/GRÜNE, Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) - mündlicher Bericht -		

Der im Betreff genannte Antrag ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Dateianhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll ist sie in Papierform beigelegt.

Diese Niederschrift enthält Anonymisierungen nach der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO).

Zunächst berichtet der weitere Berichterstatter (Amt für Stadtplanung und Wohnen, ASW) im Sinne seiner Präsentation. Ergänzende Anmerkungen sind nachfolgend in zusammengefasster Form mit Verweis auf die jeweilige Foliennummer wiedergegeben.

Hauptsächlich geht es um den interfraktionellen Antrag Nr. 180/2023 vom 20.06.2023 (90/GRÜNE; Die FrAKTION, LINKE, SÖS, PIRATEN, Tierschutzpartei; PULS-Fraktionsgemeinschaft): "Klingenstraße zur Fahrradstraße widmen - Projektbeschluss einbringen", beginnt der Vortragende seine Ausführungen, der auf dem Antrag Nr. 116/2020 vom 20.04.2020 (Die FrAKTION, LINKE, SÖS, PIRATEN, Tierschutzpartei)

ei; PULS-Fraktionsgemeinschaft): "Klingenstraße als Fahrradstraße widmen" basiere (Folie 2). Im Jahr 2020 sei die Klingenstraße bereits als Fahrradstraße geprüft worden und im Jahr 2021 im Bezirksbeirat entsprechend in 3 Varianten vorgestellt worden (Folien 3, 4). Dabei wären ca. 65 bis 80 Parkplätze entfallen, was eine nicht sehr positive Resonanz im Bezirksbeirat gefunden habe. Der anschließende Auftrag, die möglicherweise entfallenden Stellplätze zu kompensieren, sei in Form einer Quartiersgarage angedacht, die Suche danach jedoch leider erfolglos gewesen. Der erneute Antrag sei zum Anlass genommen worden, die grundlegende Problematik der Klingenstraße anzuschauen (Folie 5). Besonders hervorzuheben seien dabei wiederum der Entfall zahlreicher Stellplätze im Einbahnstraßenbereich im südlichen Teil der Straße und das Parken in Kreuzungsbereichen zulasten der Schulkinder beim Queren der Straße. Man habe daraufhin überlegt, alternativ zu einer vollwertigen Fahrradstraße den Straßenraum generell aufzuwerten. Zur Veranschaulichung erläutert der Berichterstatter von Süd nach Nord (Folien 6 bis 11) einzelne Maßnahmen. Die Stellplatzbilanz von 182 Parkplätzen (neu) im Vergleich zu 212 (jetzt) zeigt Folie 12 mit entsprechenden Begründungen, was im Gegensatz zum Stellplatzentfall von mindestens 60 bei einer reinen Fahrradstraße deutlich weniger sei. Mit einer Zusammenfassung (Folie 13) schließt der Berichterstatter seine Erläuterungen ab. Wichtig sei dabei, die Klingenstraße im Zusammenhang mit der Gablenberger Hauptstraße zu betrachten und in einer Sofortmaßnahme den südlichen Bereich der Klingenstraße für den Radverkehr zu öffnen. Der Bezirksbeirat allerdings wünsche eine Entkoppelung der Planung Klingenstraße/Gablenberger Hauptstraße, befürworte jedoch grundsätzlich die Verbesserung der Sicherheit und Aufenthaltsqualität.

Für den Bericht danken StRin Dr. Lehmann (90/GRÜNE), StR Pantisano (Die FRAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei), StRin Köngeter (PULS), StR Kotz (CDU), StRin Schanbacher (SPD), StR Serwani (FDP) und StR Dr. Mayer (AfD).

Nach wie vor sei man für eine Fahrradstraße, stellt StRin Dr. Lehmann klar. Dabei gehe es auch um eine Verbesserung der Lebensqualität in der Klingenstraße. Allerdings scheine sich dafür - auch im Bezirksbeirat - keine Mehrheit zu finden. Entscheidend sei, die Einbahnstraße so schnell wie möglich in Gegenrichtung zu öffnen. Für Radfahrende stelle das ein sehr gutes Angebot neben der Verbesserung des Fußverkehrs dar. Als Alternative könne man zur Risikominimierung Gehwegüberfahrten zu den Seitenstraßen prüfen, meint die Stadträtin. Des Weiteren dürfe man nicht auf ein Konzept für die Gablenberger Hauptstraße warten. Grundsätzlich signalisiert die Stadträtin Zustimmung zu der von der Verwaltung vorgeschlagenen Vorgehensweise. Ihre Hinweise auf deutliche Vorteile beim Einrichten einer Vorrangstraße in der Klingenstraße werde er klären, sagt der Berichterstatter zu. StR Kotz gibt zu bedenken, eine Vorrangstraße in der Klingenstraße einzurichten, verleite Autofahrer dazu, sie als Umgehung der Gablenberger Hauptstraße zu nutzen. Auch dieser Aspekt werde im Zuge der Gesamtprüfung berücksichtigt, so Herr Wallisch (ASW).

Für begrüßenswert hält StR Pantisano die grundsätzlichen Überlegungen zur Verbesserung der Klingenstraße für den Radverkehr sowie die Sofortmaßnahmen. Zu Letzteren stelle er sich die Frage, wie schnell die Veränderung vorgenommen werden kann. Dem Berichterstatter zufolge werde es "nicht unbedingt lange dauern", den südlichen Bereich zu öffnen und zu markieren. Details werde er klären. StR Pantisano findet es schade, bezeichnend und politisch falsch, dass weiterhin in der Stadt einseitig pro Autoverkehr und Parkplätze gedacht werde. Wohnten doch in Stuttgart-Ost bereits jetzt sehr viele Menschen ohne eigenen Pkw. Es könnten sogar noch mehr werden, wenn Parkmög-

lichkeiten weiter minimiert würden. Nichtsdestotrotz könne er sich als Kompromissvorschlag die Ausklammerung des Abschnitts Gablenberger Hauptstraße/Teichstraße für die anstehenden Veränderungen vorstellen.

StRin Köngeter greift den Kompromissvorschlag von StR Pantisano auf und erläutert ihn kurz, nimmt ihn in der Folge jedoch zurück, da die von ihr in ihren Überlegungen zugrunde gelegte Verbesserung der Stellplatzbilanz nicht relevant sei. Vielmehr beantrage man, die Fahrradstraße in der Klingenstraße umzusetzen. Bei einer Betrachtung vor Ort mit Blick vom Schmalzmarkt Richtung Libanon- und Klingenstraße werde deutlich, wie unübersichtlich die Situation sei, unter anderem wegen des beidseitigen Parkens; insbesondere für kleine Kinder sei das Queren der Straße kaum gefahrlos möglich. Ein weiteres Argument für die Einrichtung einer Fahrradstraße sei einerseits die Verpflichtung mit dem Radentscheid 2019, in allen Stadtvierteln Fahrradstraßen einzurichten. Andererseits habe man erst vor wenigen Wochen die Verwaltung beauftragt, 20 Fahrradstraßen zu realisieren. Eine davon ließe sich aus ihrer Sicht relativ leicht in der Klingenstraße umsetzen und eine bessere Anbindung an die Schule ermöglichen. Auf der im Gegensatz zur Gablenberger Hauptstraße nur leichten Steigung könnten Kinder ihren Schulweg gesichert mit dem Rad erlernen, indem sie neben ihren Eltern herfahren könnten. Nicht zu vergessen, dass die Radverbände das Vorhaben auch unterstützten. Abschließend bittet StRin Köngeter um Prüfung weiterer Baumstandorte. Die von ihr vorgeschlagene Aufwertung der Kreuzungspunkte mit Fahrradbügeln und ggfs. Reparatursäulen werden von der Verwaltung unter Berücksichtigung der geltenden Vorgaben für Möblierungen an Schulwegen geprüft.

Als Anwohner im Stuttgarter Osten sehe er natürlich mögliche Qualitätsverbesserungen, so danach StR Kotz. Ob die Wertigkeit des öffentlichen Raums mit Lösungen wie in der Bergstraße (Betonquader an Kreuzungen) erhöht werde, dürfe man in Frage stellen. Ärgerlich finde er, dass man sich zwischen der bisherigen Anzahl an Stellplätzen und mehr Sicherheit entscheiden müsse. Eines solchen "Entweder oder" bedürfe es nicht. Schließlich habe es einen Lösungsansatz für eine Quartiersgarage gegeben, die aber politisch nicht gewollt sei. So hätte man seiner Ansicht nach im Hanggrundstück in der Bergstraße hervorragend und ohne Eingriff auf das Schulgelände eine solche Garage realisieren und die Stellplatzanzahl erhalten können (seinerzeitiger Vorschlag von StR Schrade, FW), auch für die, die bereits jetzt weggefallen seien (u. a. Berg-, Wagenburgstraße). Zudem würden in der Parkplatzbilanz nur die offiziellen Stellplätze berücksichtigt, nicht aber diejenigen, die z. B. in Kurven halboffiziell beansprucht würden und künftig auch wegfielen. Dem widerspricht StRin Schanbacher und wünscht sich eine genaue und transparente Definition der Zahlen. Auch StR Kotz möchte wissen, wie sich die Parkplatzzahl aufschlüsselt. Darauf geht Herr Wallisch ein und erläutert, insgesamt 30 Plätze inklusive der im Graubereich befindlichen (oberer Bereich Klingenstraße/Schmalzmarkt/Teichstraße, 18 Plätze) seien in der Bilanz von 30 Plätzen eingerechnet, nicht jedoch illegale Parkplätze im Bereich von 5 Metern um Kreuzungen. Dort werde das Falschparken auch geahndet.

Wohl wissend, dass eine Entscheidung letztlich auf einer Mehrheit im Rat basiere, fährt StR Kotz fort, könne die CDU Maßnahmen mit weiterem Parkplatzentfall nicht zustimmen, solange es keinen Plan für Ersatz gebe.

Das findet StRin Schanbacher sehr schade. Damit verwehre sich die Fraktion der CDU sämtlichen Entwicklungen im Osten, bis wider besseres Wissen eine Quartiersgarage

realisiert werde. Man habe aber lernen müssen, dass die seitherige Haltung, alles von der Garage abhängig zu machen, falsch sei und jede weitere Entwicklung verhindere. Daher finde sie den Vorschlag zur Entkoppelung der Planung wichtig, und ihre Fraktion unterstütze ihn explizit. Auch im Bezirk werde angestrebt, von der Diskussion um eine reine Fahrradstraße wegzukommen. Ebenso bedeutend sei die vorgelegte fahrrad- und fußwegfreundliche Planung. Letzteres vor allem im Sinne sicherer Schulwege. Danach stellt sie die zügige Umsetzung, ggf. auch mit einfachen, nicht baulichen Maßnahmen in den Raum, was auch der Bezirksbeirat fordere. Die von ihr damit angesprochene Einrichtung von "Stuttgarter Ecken" mit Fahrradstellplätzen oder anderen Möblierungen wird geprüft.

StR Serwani konstatiert, es sei eine Einigung auf den von der Verwaltung dargestellten Kompromiss als Minimallösung mit allen Beteiligten und Fraktionen erfolgt. Darüber freue er sich und stimme selbstverständlich zu, auch vor dem Hintergrund des Entfalls von insgesamt 30 Parkplätzen, - wohlgemerkt zugunsten sicherer Schul- und Fußwege sowie ungehinderter Zufahrt für Rettungsfahrzeuge.

Er könne den Ausführungen von StR Kotz nur folgen, äußert sich anschließend StR Schrade. An StRin Schanbacher gewandt stellt er richtig, man verschließe sich Weiterentwicklungen nicht. Den für ihn störenden Entfall von Parkplätzen hätte man durch eine Quartiersgarage vermeiden können, für deren Verortung es ja Vorschläge gegeben habe. Insofern könne er dem Vorschlag der Verwaltung nicht zustimmen.

Aus Verwaltungssicht habe sich die Suche nach einer Quartiersgarage vielleicht erfolglos dargestellt, meint StR Dr. Mayer, dem sei aber nicht so gewesen. Vielmehr seien die Garage und weitere Prüfungen für Standorte abgelehnt worden, verweist er auf einen entsprechenden Beschlussantrag vom März 2023. Entgegen den heutigen Äußerungen einiger Ausschussmitglieder wollten diese im Grunde genommen einfach Autos verhindern. Er werde also dem vorgelegten Vorschlag nicht zustimmen.

Anschließend äußert sich Frau Eskilsson (BVin Ost). Eine Blockadehaltung sei an dieser Stelle wegen des zunehmenden Parkdrucks nicht sinnvoll, der sich ja auch im illegalen Parken niederschlage. Die Verwaltung habe einen sehr guten Kompromissvorschlag gemacht, um die Sicherheit für Fußgänger wie auch Radfahrer zu gewährleisten. Sie sei dankbar, dass sich der Bezirksbeirat mehrheitlich dafür ausgesprochen habe, und wünsche sich eine Zustimmung und mehr Kompromissbereitschaft im Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik (STA). Gleichwohl betont sie, die Problematik werde mit jedem Beschluss zum Wegfall von Parkfläche verschoben und verschärft.

StRin Dr. Lehmann möchte ihre Haltung für eine Fahrradstraße nochmals deutlich machen und bittet um Abstimmung über den interfraktionellen Antrag Nr. 180/2023 vom 20.06.2023. Sie rechne mit einer Ablehnung des Antrags und könne dann in der Folge dem Verwaltungsvorschlag zustimmen. Sie weist darauf hin, dass eine mäßige Zahl von Stellplätzen wegfalle, zumal es sicher Menschen in der Stadt gebe, die sich über weniger Auto-Dominanz und mehr Sicherheit für Zufußgehende freuen.

Während StRin Schanbacher den Antrag nicht unterstützen kann, signalisiert StRin Köngeter Zustimmung und versichert sich, dass der Wunsch des Bezirksbeirats nach einer Entkoppelung der Planung Klingenstraße von der Gablenberger Hauptstraße berücksichtigt wird. Das bestätigt StRin Dr. Lehmann.

Eine Beschlussvorlage benötige man nicht, stellt BM Pätzold klar, sofern über den Verwaltungsvorschlag heute positiv abgestimmt werde, was einem Planungsauftrag an die Verwaltung gleichkomme. Der Bürgermeister bittet den Berichtersteller, die Kompromissvariante dezidiert zu formulieren.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt der Vorsitzende zunächst den Antrag Nr. 180/2023 vom 20.06.2023 (90/GRÜNE; Die FrAKTION, LINKE, SÖS, PIRATEN, Tierschutzpartei; PULS-Fraktionsgemeinschaft): "Klingenstraße zur Fahrradstraße widmen - Projektbeschluss einbringen" zur Abstimmung und stellt fest:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik lehnt den Antrag Nr. 180/2023 vom 20.06.2023 mit 7 Ja- und 8 Nein-Stimmen mehrheitlich ab.

Danach ruft BM Pätzold den Vorschlag der Verwaltung, den sogenannten Kompromissvorschlag mit den Rückmeldungen des Bezirksbeirats, auf (Entkoppelung der Planung Klingenstraße von der Gablenberger Hauptstraße und die Befürwortung der Verbesserung hinsichtlich Sicherheit und Aufenthaltsqualität). Mit diesem werde die Verwaltung beauftragt, eine entsprechende Planung umzusetzen.

BM Pätzold stellt fest:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik stimmt dem Kompromissvorschlag mit dem Auftrag an die Verwaltung mit 10 Ja- und 5 Nein-Stimmen mehrheitlich zu. Damit ist die Verwaltung beauftragt.

Zur Beurkundung

Klemm / as

Verteiler:

- I. Referat SWU
zur Weiterbehandlung
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Wohnen (5)
Baurechtsamt (2)
Referat T
zur Weiterbehandlung
Tiefbauamt (5)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
Liegenschaftsamt (2)
 3. Referat SOS
Amt für öffentliche Ordnung
 4. BVin Ost
 5. Amt für Revision
 6. L/OB-K
 7. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. CDU-Fraktion
 3. *SPD-Fraktion*
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
 5. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 6. *FDP-Fraktion*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*
 9. *StRin Yüksel (Einzelstadträtin)*

kursiv = kein Papierversand